

Ist die Region Tummelplatz für Rechte?

Antifaschisten sprechen von „beliebtem Betätigungsfeld für Neonazis“. Am Wochenende gibt es einen **NPD-Aufmarsch** in Stolberg.

STOLBERG. Etliche hundert Beamte aus ganz Nordrhein-Westfalen sowie Kräfte der Bundespolizei zieht Aachens Polizeipräsident Klaus Oelze am morgigen Samstag in Stolberg zusammen, um den friedlichen Ablauf von drei Demonstrationen und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Rund 500 Teilnehmer werden zu einer Kundgebung der Rechtsextremen erwartet, der zwei antifaschistische Demonstrationen mit insgesamt rund 1200 Teilnehmern in der Innenstadt gegen-

überstehen sollen. Angesichts der hohen Bedeutung, die das Verfassungsgericht dem Grundrecht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit einräumt, sah Oelze keine realistische Chance, die Kundgebungen zu verbieten.

Hintergrund ist die Tötung eines 19-Jährigen in Stolberg am vergangenen Freitag, die die rechte Szene für ihre Zwecke politisch auszuschlachten versucht. Bereits einen Tag später hatte es eine spontane Demonstration mit rund 160 Neonazis gegeben. Dabei war

es zu Ausschreitungen. Antifaschistische Organisationen und die Polizei befürchten nun, dass Stolberg zu einem Tummelplatz für Rechtsextreme wird, die mit Veranstaltungen in der Stadt ihrem angeblichen „Kameraden“ gedenken wollen.

Zum Märtyrer stilisiert

Laut Aachener Antifaschisten falle in „Naziforen“ bereits das Stichwort Salem. In dem Vorort von Stockholm war im Jahr 2000

ein junger Neonazi in einer Auseinandersetzung mit Ausländern getötet worden. Dort wurde der Tote zum Märtyrer stilisiert, dem mit großen Aufmärschen gedacht wurde. Auch Polizeisprecher Paul Kemen kann angesichts der Reaktionen aus dem rechten Lager „nicht ausschließen“, dass eine ähnliche Entwicklung in Stolberg droht. In der Kupferstadt ist in zwei Wochen eine weitere Demonstration der NPD in Planung.

Nach Ansicht der Aachener Antifaschisten ist die Region ein be-

liebttes Betätigungsfeld für Neonazis. Stolberg sei gar „eine Hochburg der Neonazi-Szene im Kreis Aachen“, behaupten die Betreiber einer Antifa-Homepage. Doch dieser Einschätzung kann Polizeisprecher Kemen nicht zustimmen. Zwar sei im vergangenen Jahr die Zahl der rechtsgerichteten Straftaten in Aachen sowie den Kreisen Aachen, Heinsberg und Düren auf rund 300 gestiegen. Dabei handle es sich jedoch in der Mehrzahl um Propagandadelikte. (an/ddp)